

II-2453 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Mai 1973 No. 1249/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Melter, Dr. Schmidt und Genossen an den
Herrn Bundesminister für Bauten und Technik
betreffend Förderungsmaßnahmen aus dem Wasserwirtschaftsfonds.

Anlässlich der Sitzung der Kommission des Wasserwirtschaftsfonds im
Feber dieses Jahres. wurde überraschend die Zuteilung der Fondsmittel
für zwei Jahre vorgenommen, dies geschah, ohne daß die Bundesländer
rechtzeitig auf die Absicht dieser Vorgangsweise aufmerksam gemacht
worden wären. Es war daher auch nicht möglich, die Förderungsansuchen
der Bundesländer, der Gemeinden und der Wasser bzw. Abwassergenossen-
schaften auf diesen Umstand abzustellen. In der Praxis bedeutet das,
daß die erst für 1974 in Aussicht genommenen Bauvorhaben nun keine
finanzielle Absicherung erwarten können, wodurch die Gefahr besteht,
daß manche dringliche Vorhaben nicht durchgeführt werden können.

Es kommt hinzu, daß durch den Entfall der
Förderungsmittel des Bundes im Jahre 1974 auch die Bundesländer und
Gemeinden keine Mittel bereitstellen. Wenn nun einerseits die Förderung
aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds davon abhängig gemacht wird,
daß sich die Gebietskörperschaften angemessen an den Baumaßnahmen
beteiligen, müßte andererseits auch der Wasserwirtschaftsfonds die
Verpflichtung anerkennen, daß dann, wenn die Gebietskörperschaften
Aufwendungen tätigen, er sich seinerseits an den Baukosten beteiligt.

Der Ausfall von Aufwendungen für den Bau von
Wasserversorgungsanlagen bzw. von Einrichtungen der Abwasserbeseiti-
gung bringt auch Probleme für jene Firmen und deren Arbeitnehmer mit
sich, die sich bisher mit dem Bau solcher Anlagen befassten. Sie
werden durch Auftragsmangel in Bedrängnis kommen und im übernächsten
Jahr schließlich vor einer rapide zunehmenden Kapazitätsauslastung
stehen, dies nicht ohne Rückwirkungen auf die Preissituation.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten
daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

-2-

A n f r a g e:

- 1.) Weshalb wurden die Bundesländer nicht davon unterrichtet, daß seitens des Ministeriums die Absicht bestand, entgegen der bisherigen Gepflogenheit die Förderungsmittel unter einem für 2 Jahre zu vergeben?
- 2.) Wird durch diese Umstellung nicht eine Unordnung in die bisherigen Ausbauplanungen in den Bundesländern gebracht?
- 3.) Womit rechtfertigen Sie die Benachteiligung jener Gebietskörperschaften, die in Unkenntnis der von Ihnen beabsichtigten Umstellung für das Jahr 1974 vorgesehene Projekte nicht rechtzeitig einreichen konnten?
- 4.) Werden Sie in der Lage sein, die Zuführung zusätzlicher Mittel für den Wasserwirtschaftsfonds durchzusetzen, damit wenigstens die dringendsten Vorhaben auch im Jahre 1974 gefördert werden können?
- 5.) Welche Darlehenszusagen erfolgten bereits für die Jahre 1973 und 1974, bzw. welche Zusagen sind nach den bisherigen Entscheidungen noch zu erwarten?